

## Beten und Arbeiten

Katholikentage sind fromm – das ist gut so.  
Katholikentage sind aber auch politisch: Orte des Dialogs und des ernsthaften Ringens um die Themen der Zeit. Ihre Antworten passen nicht in parteipolitische Schubladen, ihre Positionen sind für Überraschungen gut.

Wer hätte gedacht, dass ein Verfassungsrichter den Ulmer Katholikentag nutzt, um die so genannten Hartz-Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen? Ihm erschließe sich "bisher noch nicht", ob die Umsetzung der nächsten Stufe der Reformgesetze "mit der Überführung von wenigstens einer Million Menschen in die 'Sozialhilfe' den verfassungsrechtlichen Vorgaben gerecht" werde, so Siegfried Broß in Ulm. Können die Eigenleistungen, die die Betroffenen zum Teil über Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, in einem auf Vertrauen und Beitragsgerechtigkeit aufbauenden Sozialstaat von heute auf morgen abgeschrieben werden? Oder sollte die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe nach der Dauer der Beitragszahlung gestaffelt werden, wie es Hermann Kues, Sprecher des ZdK für gesellschaftspolitische Fragen, kurz nach dem Katholikentag angeregt hat? In jedem Fall stellt die Sanierung des Bundeshaushalts aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit einen Missbrauch von Beitragsleistungen dar.

Auf Katholikentagen treffen sich Menschen, die Politik daran messen, ob sie die Menschenwürde sichert, Beziehungsfähigkeit schützt und dem Gemeinwohl dient. Es treffen sich Menschen, die unbequeme Fragen stellen und neue Antworten suchen.

Gut, dass Katholikentage auch politisch sind.

*Stefan Vesper*

10. Jg. Nr. 3 5. Juli 2004

## Inhalt

### Der Katholikentag lebt

Die Frohe Botschaft zukunftsbereit verkündet und bezeugt

*Hans Joachim Meyer*

2

### Die Würde des Menschen - passé?

Verfassungsrechtliche Anmerkungen zur bioethischen Debatte

*Christian Hillgruber*

4

### Leben im Zeitraffer

Verlorene Jahre für die Familie

*Christa Licharz-Lichtenthäler*

6

### Zeit für Pflege und Fürsorge

Familiäre Pflege als sinnvolle Ergänzung

*Regina Görner*

7

### Der ganz normale Wahnsinn

Gewalt an Schulen –

Ursachen und Lösungsmodelle

*Wiebke Vogtländer-Hoof*

8

### "Es gibt nicht Mann und Frau ..."

Gender Mainstreaming und

Katholische Kirche

*Ulrike Gentner*

9

### Aus der Arbeit des ZdK

Wissenschaft und Ehrenamt

10

### 95. Deutscher Katholikentag Ulm

Presseschau

11

## Der Katholikentag lebt

**Die Frohe Botschaft zukunftsbereit verkündet und bezeugt**

*Völlig unbegründet schien die Skepsis der Zweifler im Vorfeld des 95. Deutschen Katholikentages in Ulm nicht zu sein: Kann ein derartiges Ereignis nicht zuletzt nach dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin überhaupt noch erfolgreich sein? Allein schon die Besucherzahlen bestätigen nun jedoch den Erfolg: 35.000 Teilnehmer besuchten fünf Tage lang die geistlichen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Veranstaltungen des Katholikentages, der unter dem Motto stand "Leben aus Gottes Kraft". Eine Bilanz.*

Der Katholikentag lebt. Das ist der Eindruck von Ulm, den alle mitgenommen haben, die bereit waren, die Wirklichkeit wahrzunehmen und diese nicht durch die Brille einer vorgefassten Meinung zu sehen. Der 95. Deutsche Katholikentag war Ausdruck von Tradition im besten Sinne des Wortes – nicht als Rückzug in eine verklarte Vergangenheit, nicht als Abwehr gegen die Herausforderungen der Gegenwart, sondern als Wille und Bereitschaft, die Frohe Botschaft in einer sich wandelnden Welt zukunftsbereit zu verkünden und zu bezeugen. Das Wagnis hat sich gelohnt, ein Jahr nach dem großen Christentreffen in Berlin einen überschaubaren Katholikentag in einer kleineren Großstadt durchzuführen. Nur durch erkennbare Regelmäßigkeit bleibt der Sinn solcher Ereignisse in der Abfolge der Generationen lebendig.

### **Leben in Mitmenschlichkeit**

Das Leitwort von Ulm griff mitten hinein in die aktuellen Auseinandersetzungen unserer Gesellschaft. "Leben aus Gottes Kraft" nahm einen zentralen Begriff unserer Zeit auf und stellte ihn in einen klaren Bezug zu unserem Glauben. Das Programm des Katholikentages unterstrich zwei konkrete Zusammenhänge, in denen heute gerungen wird, was der Begriff des Lebens heute meint. Erstens haben Forschungsergebnisse der modernen Wissenschaft Möglichkeiten zum Umgang mit menschlichem Leben gezeigt, die dringend der ethischen Bewertung bedürfen. Christen begrüßen jeden Fortschritt, der Menschen mehr Gesundheit bringt und zu einem gelingenden Leben

beiträgt. Zugleich verteidigen Christen die Würde und den Schutz jedes menschlichen Lebens. In diesem Grundsatz findet jede Art von Fortschritt seine Grenze. Daher widersprechen Christen jeder Art von Heilung und individueller Perfektionierung zu Lasten anderen menschlichen Lebens.

### **Ohne Kinder keine Zukunft**

Zweitens gibt es kein Leben des Einzelnen ohne Leben der Gesellschaft. Leben heißt darum stets Abfolge der Generationen. Das ist eine elementare Wahrheit, die in Deutschland über Jahrzehnte zu wenig beherzigt worden ist. Davon zeugen die lange Unterschätzung der gesellschaftlichen Bedeutung von Familie und die verheerenden Konsequenzen einer solchen Einstellung für die demographische Struktur unseres Landes. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft der Gesellschaft. Diese beiden Folgerungen aus dem Lebensverständnis des Leitwortes – die Achtung vor jedem menschlichen Leben und die Bedeutung der Generationenabfolge – sind eine klare Botschaft an die deutsche Öffentlichkeit und an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Es mag sein, dass einige dies nicht mehr hören können und andere es immer noch nicht akzeptieren wollen. Aber so lange diese beiden zentralen Anliegen im Streit sind, bleibt die Botschaft des Katholikentages für das Leben aktuell.

### **Einig im Ziel sozialer Gerechtigkeit**

Familienfreundlichkeit ist zugleich eine zentrale Forderung sozialer Gerechtigkeit. Daher ist sie untrennbar verbunden mit der öffentlichen Debatte über die Zukunft des deutschen Sozialstaates. Es entspricht der Tradition des sozialen Katholizismus in Deutschland, dass sich viele Veranstaltungen des Ulmer Katholikentages dieses Themas annehmen. Sich im Ziel sozialer Gerechtigkeit einig zu sein, heißt jedoch nicht, schon Konsens über die erfolgversprechenden Wege zu haben, die den deutschen Sozialstaat wieder zukunftsfähig machen. Katholikentage sind Orte des öffentlichen Dialogs und damit auch der öffentlichen Kontroverse. In zweifacher Weise nehmen sie teil am Mühen der freiheitlichen Gesellschaft um einen Konsens über eine zukunftsfähige und mitmenschliche Perspektive. Sie bekennen sich zu den Quellen des Glaubens, aus denen nach christlicher Überzeugung die ethischen Grundlagen gesellschaftlichen Miteinanders aufgebaut und bewahrt werden. Sie wissen um die Verantwortung von Christen, in gu-

ter Kenntnis der Sachverhalte realistische und überzeugende Modelle für das Leben der Gesellschaft und das Wirken des Staates zu entwickeln. Eine solche Aufgabe kann nur dialogisch in Angriff genommen und gelöst werden.

Es entspricht der Mitverantwortung der Laien für das kirchliche Leben, dass die Situation und der Zustand der Kirche zur Thematik jedes Katholikentages gehören. Selbstverständlich galt dies auch für Ulm. Es gibt bedrückend viel Grund zur Sorge um die Kirche in Deutschland: Die Zahl der Katholiken geht zurück, und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nehmen ab. Es gibt nicht wenig Missmut in der Kirche und an der Kirche. Welche Kraft wird der christliche Glaube morgen in unserem Land und in Europa haben? Viele deutsche Katholiken hatten große Erwartungen geknüpft an den geistigen Aufbruch des II. Vatikanischen Konzils in eine freiheitliche Gesellschaft. Wird dieser Aufbruch die künftige Gestalt der Kirche prägen? Einige meinen, die Kirche kenne und brauche keinen Wandel; andere meinen, das Ausmaß des Wandels bestimme allein die Zukunftsfähigkeit der Kirche.

### **Geistige Tiefe und Freimut**

Wird die Kirche in Deutschland genügend Kraft und Mut aufbringen, aus der Mitte des Glaubens und in Treue zur Kirche jenen Wandel zu gestalten, der die Frohe Botschaft unseren Mitmenschen erschließt und ihnen zur Fülle des Lebens hilft? Auf diese Frage werden wir keine Antwort finden, wenn wir jenen folgen, die uns raten, von solchen Themen gar nicht erst zu reden – sei es, weil es, wie sie meinen, der Kirche nur schade und wir uns, in Treue fest, darum nicht kümmern sollten, sei es, weil es uns ja ohnehin nichts bringe und wir deshalb die Kirche einfach links liegen lassen sollten. Wer mitten im Leben der Kirche und mitten im Leben der Gesellschaft steht, weiß, was er von solchen Ratschlägen zu halten hat: Sie führen in die Irre. Augenmaß und geduldige Hartnäckigkeit waren schon immer die besten Garantien für Erfolg bei der ständigen Erneuerung der Kirche und ihrer Gestalt. Der Freimut und die geistige Tiefe, die in Ulm bei diesen Fragen vorherrschten, waren ermutigende Signale gegen eine Atmosphäre der Resignation.

Ulm hat nicht zuletzt bewiesen, dass es die Alternative "Katholikentage oder Ökumenische Kirchentage" nicht gibt. Im Gegenteil: Ökumenische

Kirchentage werden ihrem Anspruch nur gerecht, wenn sie ein partnerschaftliches Projekt des Deutschen Evangelischen Kirchentages und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sind und die Kompetenz und Vitalität der beiden großen Laienbewegungen in Deutschland vereinen.

### **Ökumenisches Anliegen überzeugend zum Ausdruck gebracht**

Dieses ökumenische Anliegen ist beim Ulmer Katholikentag in überzeugender Weise zum Ausdruck gekommen: Ohne die Gastfreundschaft und aktive Mitarbeit der evangelischen Christen Ulms wäre dieses Ereignis nicht möglich gewesen. Zugleich gab uns die Lage der Stadt an der Donau und ihre damit verbundene geschichtliche Orientierung die Chance, die Bedeutung der Orthodoxie für die Ökumene stärker in unser Bewusstsein zu bringen. Die in Ulm seit langem praktizierte und weiter wachsende ökumenische Zusammenarbeit widerlegt die Behauptung, es gäbe eine Eiszeit der Ökumene. Die ökumenische Atmosphäre dieser Stadt lieferte vielmehr den ermutigenden Kontext für den weiterführenden Vortrag von Kardinal Kasper. Dankbar sind wir für die eindrucksvollen und bewegenden ökumenischen Gottesdienste, für die gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und für die vielen Podien und Projekte, die der ökumenischen Arbeit gewidmet waren.

### **Lernerfahrung**

Jeder Katholikentag ist auch eine Lernerfahrung. In unserer mediengeprägten Welt richten sie sich immer zugleich an die unmittelbaren Teilnehmer und an die mittelbar Beteiligten. Sie müssen also zugleich Gemeinschaftserlebnisse sein und ein Publikum für sich gewinnen. Im Blick auf die fernsehübertragenen Ereignisse des Katholikentages werden wir uns kritisch fragen müssen, wie weit uns diese Balance gelungen ist. Die Gemeinschaft der Teilnehmer darf jedenfalls nicht auf die Rolle eines nur aufnehmenden Publikums beschränkt werden. Denn dann werden Katholikentage nicht zum kraftvollen Beispiel gemeinschaftsstiftender christlicher Vitalität, das auch ein nicht unmittelbar engagiertes Publikum überzeugen kann. Von Ulm blicken wir jetzt nach Saarbrücken, wo der 96. Deutsche Katholikentag stattfinden wird.

*Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK*

## Die Würde des Menschen – passé?

### Verfassungsrechtliche Anmerkungen zur bioethischen Debatte

**"Die Würde des Menschen war unantastbar", schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung kürzlich. Eine Falschmeldung, glücklicherweise. "Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche ... die in Artikel 1 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig", heißt es in Art. 79 Abs. 3 GG. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wollten damit deutlich machen: Ein Staat, in dem die unantastbare Würde des Menschen nicht mehr präsent, sondern Präteritum ist, ist nicht mehr der Staat des Grundgesetzes. Doch was ist Würde? Was muss der Staat, der sie zu achten und zu schützen hat (Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG) tun, was unterlassen? In welchem Verhältnis steht sie, die Unantastbare (Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG), zum Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG), in das der Staat gemäß Artikel 2 Abs. 2 S. 3 GG auf Grund eines Gesetzes eingreifen darf?**

Schlüssel zum rechten Verständnis der "Würde" des Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG ist der zweite Absatz des ersten Grundgesetzartikels: "Darum", heißt es dort, um der Würde des Menschen willen, "bekennt sich das Deutsche Volk zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt". Ein Volk, das sich bei der Verfassungsgebung um der Würde des Menschen willen zur Idee vorstaatlicher Menschenrechte bekennt, hat eine präzise Vorstellung davon, was es jedenfalls bedeutet, Würde zu haben.

### **Niemals und nirgends rechtlos**

Erstens: Würde haben bedeutet, Rechtssubjekt zu sein. Kein Mensch ist bloß Objekt. Das heißt: Der Staat darf niemals über einen Menschen verfügen. Wenn er einem Menschen etwas abverlangt, muss er ihn stets als Pflichtigen ansprechen. Er muss die Rechtspflicht vor ihm, dem Subjekt, rechtfertigen können. Würde haben heißt zweitens: niemals und nirgends rechtlos dastehen. Jeder Mensch bringt eine gewisse Mindestausstat-

tung an Rechten mit. Die Rechtsordnung kann ihn mit weiteren Rechten ausstatten, aber nur insoweit mit Pflichten belasten, als es diese Mindestausstattung erlaubt. Kein Mensch fängt also – rechtlich betrachtet – bei Null an. Kein Mensch muss darauf hoffen, nach Maßgabe seiner "Würdigkeit" von der durch Menschen gemachten Rechtsordnung erst Rechte verliehen zu bekommen. Die "unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte" bringt er mit. Und er behält sie auch, was immer er sich zuschulden kommen lässt. Man mag im Einzelnen darüber streiten, welche Rechte hiermit gemeint sein sollten. Das Recht, leben zu dürfen, gehörte und gehört in jedem Fall dazu. Damals wie heute.

Rechtssubjekt zu sein, ausgestattet mit einem Mindestbestand an Rechten, zu dem auch das Recht zu leben gehört – das macht die Würde aus, von der in Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG die Rede ist. Sie kommt ausnahmslos jedem Menschen zu, und der Staat hat die Pflicht, sie "zu achten und zu schützen" (Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG). Er tut dies, indem er die "nachfolgenden Grundrechte" (Art. 1 Abs. 3 GG) gewährleistet. Sie sind – anders als die vorstaatlichen Menschenrechte, zu denen sich das Grundgesetz bekennt – "unmittelbar geltendes Recht", teils mit diesen identisch, teils über sie hinausgehend (und insofern nicht durch Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG gefordert).

### **Mensch ist nie "etwas" aber immer "jemand"**

Die Würde des Menschen – jedes Menschen – ist der Rechtsordnung vorgegeben, ihr Maß und ihr Ziel. Sie ist nicht relativierbar, unantastbar, kommt jedem Menschen gleichermaßen und mit gleichem Inhalt zu. Menschenwürde und Grundrecht auf Leben lassen sich nicht "entkoppeln". Wer einem Embryo zwar das (einschränkbare) Recht auf Leben zuerkennen, nicht aber dessen (unantastbare) Menschenwürde anerkennen will, verfehlt den erklärten und für die Interpretation des Grundgesetzes allein maßgeblichen Willen der Väter und Mütter des Grundgesetzes. Weil das Recht auf Leben eines der vorstaatlichen Menschenrechte ist, die die Würde ausmachen, und weil Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG als eines der nach Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG gebotenen "nachfolgenden Grundrechte" Ausdruck der einzig legitimen Staatsaufgabe – Achtung und Schutz der Würde des Menschen, Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG – ist, könnte die Verbindung zwischen Art. 1

Abs. 1 S. 1 GG und Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG enger kaum sein. Ginge es in Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG nur allgemein um den Schutz "des Lebens", nicht des würdebegabten menschlichen Lebens, könnte man mit eben dieser Begründung auch den Tierschutz und den Umweltschutz aus dieser Norm herleiten. Der Mensch aber, wie ihn das Grundgesetz sieht, unterscheidet sich von allen anderen Lebensformen durch seine Würde. Er ist nie "etwas"; er ist immer "jemand".

### **Mensch beim Namen nennen**

Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG verbietet es, vom Menschen anders als vom Menschen zu reden. Geht es um die Tötung eines Menschen, muss sie deshalb nicht nur um Gottes Willen, sondern auch von Verfassungs wegen beim Namen genannt werden. "Schwangerschaftsabbruch" und verbrauchende Forschung an als "überzählig" herabgewürdigten in-vitro-fertilisierten Embryonen sind Tötungen von Menschen. Kein Mensch ist überzählig. Auch in-vitro-fertilisierte Embryonen sind als Angehörige der Gattung homo sapiens individualisierbar, identifizierbar. Darauf allein kann es angesichts der apriorischen Begründung der Menschenwürde, deren religiös-weltanschaulicher Hintergrund im Normtext unerwähnt blieb (aus heutiger Sicht: eine kluge, geradezu prophetische Zurückhaltung der Väter und Mütter des Grundgesetzes), ankommen. Nicht ob man es geschafft hat, sich "einzunisten", ist entscheidend. Es genügt, Mensch zu sein, um Subjekt der Rechtsordnung zu werden.

Keinem Menschen, nicht dem Wissenschaftler, der forschen, nicht dem Arzt, der berufsmäßig helfen und heilen, und auch nicht dem Menschen, der einfach nur weiterleben möchte, erwächst aus dem jeweils einschlägigen Grundrecht (Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG, Art. 12 Abs. 1 S. 1, 2 GG, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) das Recht, einen anderen Menschen zu töten. Daher stellt sich die Frage: Wann darf der Staat einem Dritten – dort der Mutter, dem Arzt, hier dem Wissenschaftler – ausnahmsweise durch Gesetz erlauben, einen Menschen zu töten? Hierfür sind prima facie nur zwei rechtfertigende Gründe denkbar. Erstens die Einwilligung des Grundrechtsträgers, der sein Leben zwar nicht seiner eigenen Entscheidung verdankt, ihm aber – grundrechtlich betrachtet – selbstbestimmt ein Ende setzen darf. Zweitens der Um-

stand, dass von diesem Menschen eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit eines anderen Menschen ausgeht und diese Gefahr nur durch Tötung dieses Menschen gebannt werden kann.

### **Elternrecht ist kein Verfügungsrecht**

Bezogen auf die Abtreibungsfrage heißt das: erlauben darf der Staat die Tötung eines Menschen im Mutterleib von Verfassungs wegen nur dann, wenn Leben und Gesundheit der Mutter durch das Kind gefährdet sind und es keine andere Möglichkeit gibt, diese Gefahr abzuwenden. Die Freigabe sogenannter "überzähliger" Embryonen zu lebensverzichtender Forschung, und diene sie auch noch so hochrangigen Zielen, ist ausnahmslos untersagt. Niemand, auch nicht die genetischen Eltern, darf sich anmaßen, anstelle des einwilligungsunfähigen Embryos in dessen Tötung einzuwilligen. Das Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 GG) verleiht kein Verfügungsrecht über Würde und Leben der Nachkommenschaft. Der Staat hat den zu unterstellenden Lebenswillen dieser Menschen zu achten und zu schützen. Sie gefährden niemanden. Der Staat hat alles zu tun, was in seiner Macht steht, damit sie sich als Menschen voll entwickeln können. Findet sich indes auch nach intensivem Bemühen keine zur Übertragung des Embryos bereite Ersatzmutter, ist das bloße, "nutzlose" (nicht: sinnlose!) Sterbenlassen die einzig menschenwürdekonforme Lösung für das Problem der verwaisten Embryonen. Denn auch sie dürfen nicht verzweckt werden. Sie haben jedenfalls einen Anspruch auf einen menschenwürdigen Tod, der sie aus dem unwürdigen Schwebezustand der Konservierung erlöst und ihnen – nach christlicher Glaubensüberzeugung – das ewige Leben schenkt.

*Professor Dr. Christian Hillgruber, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Bonn*

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 1 Abs. 1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Art. 2 Abs. 1: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ..."

Art. 2 Abs. 2: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ..."

## Leben im Zeitraffer

### Verlorene Jahre für die Familie

**Es ist noch keine zehn Jahre her, seit der Bevölkerungshistoriker Arthur E. Imhof den Begriff der "gewonnenen Jahre" prägte. Er stellte die Verlängerung der Lebenszeit in den Mittelpunkt einer Studie, die die Auswirkungen der gestiegenen Lebenserwartung auf das Verhältnis der Generationen, auf Lebenssinn und Lebenspläne thematisierte. Heute führen wir eine andere Diskussion. Denn neben der Verlängerung der Lebenszeit haben wir eine zweite Entwicklung ausgemacht: Die Überforderung der mittleren Jahre. Verlängerung der Ausbildung, Frühverrentung und Intensivierung des Erwerbslebens haben dazu geführt, dass die meisten Menschen zwischen 30 und 50 sich einer "rush hour" des Lebens (Hans Bertram) ausgesetzt sehen. Familiengründung, Fürsorge für die Älteren sowie Karriere und Berufserfolg stellen gleichzeitig ihre Anforderungen an Männer und Frauen.**

Die Wirtschaft setzt auf den voll leistungsfähigen, gut ausgebildeten Erwerbstätigen im mittleren Alter. Sie hat neben dem "Mann in den besten Jahren" längst auch die "Frau in den besten Jahren" als Arbeitnehmerin entdeckt und entzieht – je nach Bedarf – die Vitalität der mittleren Jahre "aus anderen Lebenssphären, insbesondere aus der Familie." Karl Otto Hondrich beschreibt so – ähnlich wie Bertram –, was wir alle mehr oder weniger deutlich spüren: Die starke Konzentration auf die Leistungskraft der mittleren Jahre ist nicht ein Problem für die Berufswelt, sondern es ist ein Problem für die Familie: "ein Problem der Beziehungsbelastungen. In der Lebensmitte müssen Eheleute es einander recht machen, dazu ihren Arbeitgebern, Kollegen, Kunden und natürlich ihren Kindern und Eltern".

Die Radikalkur, sich von den Doppel- und Dreifachbelastungen der mittleren Jahre zu befreien, hat allerdings nicht lange auf sich warten lassen: Immer weniger Menschen entscheiden sich für Kinder. 40 Prozent der weiblichen und noch mehr männliche Akademiker bleiben zeitlebens kinderlos. Subjektiv ist diese Entscheidung oft mit Verzicht und Verlust verbunden. Objektiv ist sie eine Entlastungsentscheidung. Sie entlastet, indem sie eine zentrale Sphäre der mittleren Jahre, die

Elternschaft, einfach wegschneidet. Entsprechend können andere Sphären, insbesondere der Beruf, Raum gewinnen. Aber die Erfolgreichen der mittleren Jahre zahlen nicht selten einen hohen Preis durch geringe soziale Bindungen besonders im Alter. Unabhängig von den Problemen, die dauerhaft niedrige Geburtenraten für die Systeme der sozialen Sicherung darstellen, büßt daher eine Gesellschaft, die massenhaft Kinderlosigkeit als Ausweg aus der Überforderung der mittleren Jahre akzeptiert, mit den verlorenen Jahren für die Familie in kürzester Zeit Vitalität, soziale Wärme und Zukunft ein.

### Statt Verlängerung der Wochenarbeitszeit ...

Erstaunlich, dass die Suche nach der verlorenen Zeit politisch kaum zukunftsweisend gesteuert wird. Anstatt darüber nachzudenken, wie Lebensläufe aussehen könnten, die Ausbildung, Familie und Beruf leichter verbinden lassen, erhält aktuell die Forderung nach einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit lautstark Unterstützung. Leben und Arbeiten im Zeitraffer: Würde die tägliche Arbeitszeit den aktuellen Vorschlägen entsprechend erhöht, so würde sich die Wochenarbeitszeit von zwei Eltern von heute 70 auf 73 Stunden verlängern, ohne dass auch nur andeutungsweise erkennbar wird, wie diese Arbeitszeit mit den Anforderungen eines "normalen" Familienlebens vereinbar sein könnte.

### ... Kultur der Fürsorglichkeit

Wo bleibt bei diesem Modell der Erwerbstätigkeit im Zeitraffer Raum für Kinder und ältere Menschen? Wir brauchen aber neben einer Kultur der Leistungsbereitschaft auch eine "Kultur der Fürsorglichkeit" unterstreicht Hans Bertram, Vorsitzender der Kommission zur Erarbeitung des neuen Familienberichts. Das setzt dringend auch in der Wirtschaft die Bereitschaft voraus, Frauen und Männern (!) mit flexiblen Arbeitszeiten Rahmenbedingungen anzubieten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebenslauf erleichtern. Denn eine Gesellschaft, die "aus ökonomischen Gründen keine Zeit für Partnerschaften, keine Zeit für Kinder und keine Zeit für die Unterstützung der Älteren hat, hat sich längst selbst aufgegeben."

*Christa Licharz-Lichtenthäler, familienpolitische Sprecherin des ZdK*

## Zeit für Pflege und Fürsorge

### Familiäre Pflege als sinnvolle Ergänzung

*Die Pflege kranker und älterer Menschen zu Hause ist nicht nur kostengünstiger als stationäre Versorgung, sie entspricht vor allem auch den Wünschen der Menschen. Durch die stärkere berufliche Mobilität, geringe Kinderzahlen und die höhere Erwerbsquote der Menschen, die künftig als Pflegepersonen infrage kommen, sind die Ressourcen für häusliche Pflege allerdings stark eingeschränkt. Und sie werden in Zukunft noch einmal drastisch begrenzt, weil wir den pflegenden Familienangehörigen unzumutbare Nachteile auferlegen.*

Derzeit muss eine von drei Pflegepersonen ihre Erwerbstätigkeit wegen der Pflege aufgeben. Da es sich dabei um Menschen handelt, die durchaus noch im so genannten erwerbsfähigen Alter stehen – das Durchschnittsalter der Pflegenden liegt bei Anfang 50 – wird der größte Teil von ihnen nach Beendigung der Pflegeaufgabe auf dem Arbeitsmarkt ohne Chancen sein. Die Entwicklung der Alterssicherung erfordert aber künftig, dass möglichst lange Beschäftigungszeiten erreicht werden. Deshalb müssen die unzumutbaren Nachteile, die derzeit mit Pflgetätigkeit verbunden sind, unbedingt beseitigt werden.

### Vorschlag "Pflegezeit"

Ich habe vorgeschlagen, analog zur Erziehungszeit eine Pflegezeit einzuführen, die es Angehörigen erlaubt, ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend zu reduzieren bzw. zu unterbrechen. Dieser Vorschlag wäre nicht aufwändig, da eine materielle Absicherung durch das Pflegegeld bereits vorhanden ist. Die Pflegezeit könnte zunächst befristet eingeführt werden. In dieser Zeit sollten die pflege-, arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Wirkungen wissenschaftlich beobachtet und ausgewertet werden. Die Ausgestaltung der Regelungen soll sich weitgehend an denen der Elternzeit orientieren. Ein Anspruch auf Pflegezeit sollten Eltern, Kinder, Geschwister oder Partner aus Lebensgemeinschaften erhalten, wenn bei den Pflegebedürftigen ein vom Medizinischen Dienst der Krankenkasse festgestellter Pflegebedarf von mindestens 14 Stunden wöchentlich besteht, damit ein Anspruch auf Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge durch die Pflegeversicherung gege-

ben ist. Eine mindestens halbjährige Betriebszugehörigkeit sollte Voraussetzung sein. Die Freistellung sollte mit einer Mindestdauer von einem Jahr erfolgen, um für die Betriebe und die Ersatzkräfte Planungssicherheit zu schaffen. Eine Verlängerung soll zweimal um jeweils ein Jahr möglich sein. Personen, die Pflegezeit in Anspruch nehmen, sollten sich freiwillig in der Arbeitslosenversicherung weiterversichern können.

### Nicht Ersatz für professionelle Versorgung

Zusätzliche Kosten dürften auch für Unternehmen nicht entstehen. Da das Gehalt entfällt, kann ohne Mehraufwand eine Ersatzkraft eingestellt werden, die häufiger, weil jünger, auch billiger sein dürfte. Der Betrieb hat den Vorteil, nach der Pflegezeit auf zwei erprobte Kräfte zurückgreifen zu können.

Die Pflegezeitregelung ist selbstverständlich keine Lösung für alle Probleme, die künftig im Pflegebereich auf uns zukommen. Die Pflegezeit kann die häusliche Pflege nur für eine Übergangsphase entlasten. Sie kann den Beginn der vollstationären Versorgung hinausschieben. Familiäre Pflege ist ja nicht die Alternative zu einer professionellen Versorgung, aber die menschlich wie ökonomisch günstigste Lösung in einer bestimmten Phase des Pflegeprozesses.

### Qualität der häuslichen Pflege verbessern

Das setzt allerdings voraus, dass neben dem Rechtsanspruch auf Unterbrechung der Erwerbstätigkeit für die pflegenden Angehörigen Anleitung und Beratung durch Fachpersonal zur Verfügung stehen. Das ist auch wichtig für die Qualitätsverbesserung der häuslichen Pflege. Immer noch herrscht die Vorstellung, für die häusliche Pflege reiche ein gutes Herz und zwei Hände, die zupacken können. Das ist natürlich Unsinn. Qualifikation ist auch hier die Voraussetzung dafür, dass die Ressourcen sinnvoll eingesetzt und Überforderungen vermieden werden. Das gilt für die Profi- sowie für die "Laienpflege". Letztlich geht es um eine ununterbrochene Angebotskette von der vollständigen Selbständigkeit bis zum vollständigen Hilfebedarf, in dem der Anteil der Professionellen immer weiter zu- und der der Pflege-"Laien" allmählich abnimmt. Die Pflegezeit wäre in dieser Kette ein wichtiges Glied.

*Dr. Regina Görner, Sozialministerin des Saarlandes*

## Der ganz normale Wahnsinn

### Gewalt an Schulen – Ursachen und Lösungsmodelle

***Beschimpfungen, Vandalismus, Mobbing, Erpressung, brutale Schlägereien – Gewalt hat viele Gesichter. Lehrer und Schüler stehen diesen Formen von Gewalt oftmals hilflos gegenüber. Worin liegen die Ursachen und welche Lösungswege bieten sich an?***

Hier spielten einige Schüler Tischtennis, dort wurde Walkman gehört oder der neuste Tratsch ausgetauscht – eine ganz normale Pause. Was dann anfangs wie eine "normale" verbale Auseinandersetzung zwischen zwei Schülern aussah, explodierte plötzlich zu einer ungeheuren brutalen Schlägerei. Selbst als Blut floss und die Nase gebrochen war, beendeten die beiden Jungen ihre Prügelei nicht.

Stellen sie sich vor, Sie müssten sechs Stunden am Tag mit circa 30 Mitmenschen in einem Raum verbringen, der nur für 20 bis 25 Personen konzipiert wurde? Schulen und Klassenräume sind zu klein. Die Schüler rücken sich ständig auf die Pelle – eine Auszeit ist nicht möglich.

#### **Möglichkeiten zur Gewaltprävention**

Dabei gibt es eine Fülle von Möglichkeiten zur Gewaltprävention, von denen einige in der Gemeinschaftsschule in Hennef erfolgreich angewendet werden. Eine Möglichkeit ist der Einsatz so genannter Mediatoren. Dazu werden Schüler unter Anleitung von Sozial- und Sonderpädagogen als Streitschlichter ausgebildet, die dann in Konfliktsituationen zwischen den Parteien vermitteln, was bei den Mitschülern auf positive Resonanz trifft. Ziel ist es, auftretende Gewalt in den Pausen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern bzw. Konflikte zu lösen.

Beständiges Stören im Unterricht ist eine Form von Gewalt, der Mitschüler und Lehrer oftmals hilflos ausgeliefert sind. Um diesem ständigen Stören entgegenzuwirken, wird in einem speziellen "Trainingsraum" soziales Verhalten eingeübt. So müssen Schüler und Lehrer die Unterrichtsstörungen nicht mehr aushalten, denn der Lehrer kann den betreffenden Schüler bei Bedarf in den Trainingsraum schicken.

Eine nicht zu unterschätzende Ursache für die Gewalt an Schulen ist mangelndes Selbstbewusstsein vieler Schüler. Um dieses zu stärken sowie Rücksicht und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Mitschülern zu erlernen, wenden wir in Hennef die defensive Kampfkunst Aikido an. Unter der Devise "Schüler stark machen!" lernen diese ein friedvolles Miteinander und ihre vermeintlichen Schwächen auch als Stärken zu sehen.

#### **Sozial- und Sonderpädagogen sind notwendig**

All diese notwendigen pädagogischen Maßnahmen, die der Gewalt an Schulen Einhalt gebieten, sind jedoch an vielen Schulen durch Einstellungsstopps und Haushaltssperren in Frage gestellt. Dabei müssten Sozial- und Sonderpädagogen an Schulen eine Selbstverständlichkeit sein. Denn viele Lehrer stehen Konflikten und verhaltensauffälligen oder lernbehinderten Schülern oft ohnmächtig gegenüber. Auch die Lehrerausbildung konzentriert sich zu sehr auf die fachliche Ausbildung – Pädagogik und Psychologie bleiben auf der Strecke.

Es ist dringend erforderlich, dass sich Politiker, die unsere Schulen mit immer mehr Aufgaben in der Betreuung von Schülern befrachten, sich auch der schwierigen Situation an unseren Schulen bewusst sind. Die personelle Unterbesetzung hat an vielen Schulen zur Folge, dass häufig die Klassen viel zu groß sind. In kleinen Lerngruppen haben Lehrer die Chance, die individuellen Probleme eines Schülers zu erfassen und entsprechend zu reagieren.

#### **Haushaltssperren als Belastung für Schulen**

Projekte zur Eingliederung von ausländischen Schülern, zur Gewalt- und Suchtprävention etc. verlaufen derzeit im Sande, da die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden die Durchführung unmöglich machen. Die Haushaltssperren der Gemeinden empfinden auch die Schulen als große Belastung. Immer häufiger werden Anträge für eine bessere Ausstattung von Schulen bei den Ämtern über Wochen geprüft und nicht selten dann doch abgelehnt. Soll die nächste Pisastudie mit größeren Erfolgen abgeschlossen werden, dann muss die Basis stimmen und die beginnt mit dem Erwerb von sozialen Kompetenzen, die einen konfliktfreien Umgang und ein friedvolles Miteinander erst möglich machen.

*Wiebke Vogtländer-Hoof, Lehrerin der Gemeinschaftshauptschule Hennef*



## "Es gibt nicht Mann und Frau ..."

### Gender Mainstreaming und katholische Kirche

**Geschlechtlichkeit gehört zur Würde des Menschen. Darum hat es sich der Staat zur Aufgabe gemacht, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern (GG Art. 3 Abs. 2). Eine Aufgabe, die gemäß biblischem Verständnis (Gal 3,28) auch der katholischen Kirche gestellt ist.**

"Gender Mainstreaming" – eine Strategie mit dem Ziel Geschlechtergerechtigkeit - ist für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union rechtlich verankert im Amsterdamer Vertrag und bedeutet, die Gleichstellung und Gleichwertigkeit von Frauen und Männern effektiv zu verwirklichen. Dies betrifft die gesamte Gesellschaft: Gender Mainstreaming ist eine Aufgabe von Frauen und Männern und setzt bei Frauen und Männern an.

### Chancengleichheit

Was ist mit Gender Mainstreaming gemeint? Es bedeutet die Einbindung der Chancengleichheit in alle politischen Konzeptionen und Maßnahmen. "Gender" kommt aus dem Englischen und beschreibt die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen, die erlernt und damit auch gestaltbar sind. Die Zugehörigkeit zur Kategorie "männlich" oder "weiblich" beeinflusst unser Denken, Erleben und Handeln und ist nicht nur biologisch bedingt, sondern auch das Ergebnis gesellschaftlicher Zuschreibungen und Werte. Mainstreaming (von engl. "Hauptströmung") heißt bezogen auf den Genderansatz, dass ein bestimmtes Handeln, nämlich ein geschlechterbewusstes, selbstverständlich wird.

Aktuell finden in verschiedenen Organisationen, Institutionen und Praxisfeldern Implementierungsprozesse statt, doch die Umsetzung ist sicherlich keine kurzfristige Angelegenheit. Dabei geht es um einen doppelten Ansatz: "Gender Mainstreaming" und spezifische Maßnahmen. Gender Mainstreaming löst weder Frauenförderpolitik noch Mädchen- und Jugendarbeit bzw. die Frauen- und Männerarbeit ab, sondern wirkt in der Ergänzung zum Erreichen desselben Ziels, nämlich der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

Der katholischen Kirche wird seit längerem vorgeworfen, zur Diskriminierung der Frauen und zum Androzentrismus beigetragen zu haben. Frauen und Männer wissen sich aber auch befreit durch die Botschaft des Evangeliums. Grenzen und Reibungsflächen existieren ebenso wie geschlechtergerechte Ansätze und Implementierungsprozesse von Gender Mainstreaming in verschiedenen Praxisfeldern wie Beratung, Frauen- und Männerarbeit, Bildung, Eine Welt Arbeit und Jugendarbeit. Gender Mainstreaming tangiert alle Bereiche einer Organisation: Arbeitsstrukturen, Führungsverhalten, das strukturelle Eingebundensein von Frauen und Männern, Leitbild, Personalentscheidungen, finanzielle Ressourcen, Work-Life-Balance, Kommunikation – um nur einige zu nennen. Auf diözesaner Ebene wird an vielen Orten im Kontext eines Entwicklungsprozesses an der Gleichstellung von Frauen und Männern gearbeitet. Der 95. Deutsche Katholikentag hat diese Thematik aufgegriffen.

### Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht werden

(Kirchen)Frauen und (Kirchen)Männer brauchen die Bereitschaft zum Dialog. Sie brauchen Sachkenntnis, Mut und neue Lernfelder im Miteinander. Geschlechtergerechtigkeit als Vision bedeutet, das transformierende Potenzial der Zukunft in die Gegenwart zu bringen mit tief greifenden individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Die Aufgabe der katholischen Kirche liegt darin, ein gerechtes Miteinander der Geschlechter zu entwickeln und zu leben, Sensibilisierung und Bewusstseinsprozesse zu initiieren, Kompetenzen, Maßnahmen und Erprobungsfelder zu fördern, die dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit mit Leben zu füllen und den Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht zu werden ohne zu uniformieren.

### Gender Mainstreaming als Anliegen christlicher Sozialethik

Gender Mainstreaming ist keine Ideologie, sondern mehr als eine rechtlich vereinbarte Verpflichtung – Geschlechtergerechtigkeit ist ein Anliegen der christlichen Sozialethik.

*Ulrike Gentner, Stellvertretende Leiterin des Bildungsbereiches im Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen und Gendertrainerin*

**Im Vorfeld des 95. Deutschen Katholikentages hat sich die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Ulm mit der Situation der Wissenschaft in Deutschland sowie mit der Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in Kirche und Gesellschaft beschäftigt.**

#### **Wissenschaftsthemen sind Zukunftsfragen**

Angesichts der fortschreitenden Reduzierung finanzieller Mittel in wissenschaftlichen Einrichtungen setzt sich das ZdK dafür ein, dass sich die Verantwortlichen in Staat und Kirche, in Wirtschaft und Gesellschaft und insbesondere in der Wissenschaft der herausragenden Bedeutung der Wissenschaft und ihrer Einrichtungen für die Zukunft Deutschlands wieder bewusst werden. Gerade in einer Zeit ständigen und tiefgehenden Wandels bedarf es der Einsichten und der Erkenntnisse der Wissenschaft sowie ihrer kulturellen Prägung in besonderem Maße, um die Zukunft verstehen und gestalten zu können. Deshalb sieht es das ZdK mit großer Sorge, dass sich die personelle und materielle Ausstattung der Universitäten und Hochschulen in Deutschland vielfach in einem Zustand befinden, der für die Zukunft Deutschlands bedrohlich ist. Darum müssen die finanziellen Mittel für den Wissenschaftsbereich deutlich erhöht und längerfristig gesichert werden, um die Handlungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Universitäten und Hochschulen längerfristig zu sichern.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Verantwortung von Universitäten und Hochschulen fordert das ZdK von diesen Bildungseinrichtungen die Bereitschaft, das geistige Leben ihres Landes oder ihrer Region mitprägen zu wollen. Darum müssen Universitäten und Hochschulen als wissenschaftliche Gemeinschaften den Dialog mit der Gesellschaft suchen und zugleich einen internationalen Charakter tragen. Den Studierenden aus Entwicklungsländern muss dabei eine besondere Unterstützung und Zuwendung zukommen. Angesichts der Tatsache, dass viele Akademikerinnen und Akademiker, die jetzt Kinder haben könnten, keine Kinder haben muss daran erinnert werden, dass auch die Wissenschaft wie jeder gesellschaftliche Bereich von der Abfolge der Generationen lebt. Ohne Familienfreundlichkeit ist die Universitäten wie die ganze Gesellschaft auf Dauer nicht lebensfähig.

Die Erklärung des ZdK mit dem Titel "Wissenschaftsthemen sind Zukunftsfragen – Erwartungen an das deutsche Wissenschaftssystem aus christlicher Sicht" finden Sie im Internet unter [www.zdk.de/erklarungen](http://www.zdk.de/erklarungen) oder Sie können diese kostenlos anfordern.

#### **Größere Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements**

Das ZdK fordert eine größere öffentliche Anerkennung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements in Kirche und Gesellschaft. Viele Menschen sind heute gerne bereit, sich neben ihrer Erwerbs- oder Familienarbeit unentgeltlich ehrenamtlich zu engagieren, wenn sie nur wissen, dass ihr Einsatz sinnvoll ist und auch soziale Anerkennung findet. Da viele Ehrenamtliche häufig den Dank für ihre Arbeit vermissen, ist es notwendig, neue Formen des Dankens zu entwickeln.

Angesichts der Tatsache, dass in der Kirche immer wieder die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen vernachlässigt wird, ist es dringend erforderlich, dass die Räte der Laien und die Verbände an der Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Darüber hinaus müssen ehrenamtlich Tätige das Recht erhalten, für den von ihnen verantworteten Bereich die Finanzmittel eigenverantwortlich zu verwalten. Auch der Zugang zu Leitungsfunktionen in der Kirche muss nach Maßgabe der rechtlichen Möglichkeiten für ehrenamtlich tätige Frauen und Männer möglich werden.

Letztlich ist jedoch ehrenamtliches Engagement nur dann langfristig gesichert, wenn es unabhängig von den jeweiligen wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen der sich Engagierenden möglich ist. Um dies zu gewährleisten ist es erforderlich, dass Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz gewährt sowie finanzielle Aufwendungen ersetzt werden. Wenn letzteres nicht möglich ist, müssen die nicht erstatteten finanziellen Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit zumindest steuerlich absetzbar sein. Auch muss darauf geachtet werden, dass die Arbeitgeber bereits vorhandene gesetzliche Möglichkeiten für eine berufliche Freistellung nutzen und Sonderurlaub zugunsten einer ehrenamtlichen Tätigkeit gewähren.

Die Erklärung des ZdK mit dem Titel "Für eine Kultur des Ehrenamtes" finden Sie im Internet unter [www.zdk.de/erklarungen](http://www.zdk.de/erklarungen) oder Sie können diese kostenlos anfordern.

## **Streit der Überzeugungen ermöglicht**

"Der Ulmer Katholikentag überzeugte als Fest des Glaubens. Als Diskussionsforum hat er, kaum noch überschaubar, seine Grenzen erfahren. Kirche von unten und von oben, Kirche von rechts und von links. In der Vielfalt ihrer Strömungen ist die Christenheit ein Abbild der Gesellschaft. Aber wirklich anders und überzeugend ist der Glaube, wenn er seine Mitte lebt. Beim Katholikentag war dazu – Gott sei dank – ausreichend Gelegenheit. Das Erleben, dass Menschen höchst unterschiedlich denken und doch einig sein können, ist die wahre Faszination. So wie sie den Streit der Überzeugungen im eigenen Raum zulässt und fördert, geht die Kirche an die Grenzen des Zumutbaren. Aber diese Grenzerfahrung ist wesentliche Grundlage des Glaubens. Erst wenn für die Gemeinschaft der Gläubigen kein Raum mehr wäre, hätten Kirchentage ihre Daseinsberechtigung verfehlt ... Gerecht geworden ist der Katholikentag seinem Auftrag, die realen Nöte aller Menschen nicht gering zu achten. Alte, Kranke, Schwache, Arbeitslose haben engagierte Fürsprache erfahren und sind auch selbst zu Wort gekommen. Das ist nicht gering zu achten in einer Welt, der Barmherzigkeit und Nächstenliebe zunehmend abhanden kommen."

*Schwäbische Zeitung, 21.06.2004*

## **Keine Veranstaltung von Gestern und kein Mittelmaß**

"Die Propheten hatten es mal wieder vorher gewusst. Plural, versteht sich. Die einen erklärten Großereignisse wie den 95. Katholikentag für mausetot, noch ehe er begonnen hatte, während andere sich berufen fühlten, Plädoyers für "das Langweilige, das schon Dagewesene" zu halten. Lag die Wahrheit wie so oft im Leben dazwischen? Diesmal nicht. Der Ulmer Katholikentag hat sich weder als eine Veranstaltung aus dem Gestern erwiesen, noch bekamen seine je 35.000 Besucher an vier Tagen trotz hoher thematischer Beliebtheit geistiges und intellektuelles Mittelmaß serviert ... Die erste Botschaft lautet: Kirchentage, katholische, evangelische, ökumenische, haben sich weder medial überlebt, wie die Resonanz in Zeitungen, Funk, Fernsehen zeigt, noch rational und emotional, dazu waren die Diskussionen und Podien oft viel zu konstruktiv oder kontrovers und die Begegnungen der Menschen in der Überschaubarkeit der deutschen Provinz wie in Ulm zu herzlich. Jenseits der Metropolen

sind Kirchentage gut aufgehoben. Botschaft Nummer zwei verkündet, dass die katholische Kirche in Bezug auf den Weltfrieden im Papst unbestritten den globalen Moralprediger schlechthin hat ... Die dritte Botschaft verheißt Christen beider Konfessionen eine Perspektive. Nach demonstrativen Glaubensbekundungen für das gemeinsame Abendmahl vor Jahresfrist in Berlin, ist man in Ulm, wo mit dem Münster sinnfälligerweise die größte evangelische Kirche Deutschlands steht, auf den Boden der pragmatischen Ökumene zurückgekehrt. Das Kirchenvolk sieht im Abendmahl die große gemeinsame Geste beider Konfessionen. Hinter dem Verlangen nach Einheit in einer derartigen Symbolik steckt doch kein Plädoyer für kirchlichen Einheitsbrei. Niemand will die Kirchen ihrer seelsorgerischen und klerikalen Vielfältigkeiten, ihres liturgischen Reichtums berauben."

*Südwest Presse, 21.06.2004*

## **Finanzkrise, Priestermangel, Erosion der Gemeinden**

"Der Deutsche Katholikentag, ein traditionsreiches, auf eine mehr als 150 Jahre alte Geschichte zurückblickendes Unikum in der Kirche, sollte sich nun an seinem eigenen Anspruch messen lassen: Spiegel zu sein. Und was für ein Spiegel: Finanzkrise, Priestermangel, Erosion der Gemeinden – all das legt sich in Ulm wie Mehltau auf die Befindlichkeit vieler Katholiken. Bunte Träume, von denen Katholikentage vor nicht allzu langer Zeit nur so überquollen, sind an der Realität zerschellt – freilich noch immer nicht so hart, dass die Katholiken sich und ihre Kirche selbst schonungslos in den Blick nähmen ..."

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.06.2004*

## **Kaum in die Gesellschaft gewirkt**

"Es war ein freundlich schwäbelndes Familientreffen, der Katholikentag in Ulm. Er war im guten Sinne fromm, er war ökumenisch inspiriert und offen für die Vielfalt der Kirche, die, Gott sei Dank, bunter ist, als sie oft aussieht. So weit, so gut. In die Gesellschaft hinein hat das Christentreffen aber kaum gewirkt. Es gab gute Podien zur Debatte über die Stammzellen-Forschung, zum Streit ums muslimische Kopftuch. Aber insgesamt fiel es dem Treffen schwer, die Diskussion darüber zu organisieren, was dieses Land verändern wird. ..."

*Süddeutsche Zeitung, 21.06.2004*

### Ökumenisch gestritten

"War ... in Ulm etwa ökumenisch Großes geschehen? Wer nach kräftigen Zeichen wie Zusagen für das gemeinsame Abendmahl verlangt, wird enttäuscht sein. Wer indes – nach einer Zeit des Stillstandes – auf neue Wege hofft, wird in Ulm eine Fortführung des Kirchentages von Berlin sehen ... In Ulm ist man immerhin schon so weit: Man wagt jetzt den Streit, weil man Vertrauen zueinander hat. Oder wie es Steffensky sagt: "Man küsst sich und man schlägt sich. Beides ist ein Vorteil." Auch das ist das Glück von Ulm."

*Rheinische Post, 19.06.2004*

### Ungewohnte Pluralität

"Ein Ruck ist von diesem 95. Deutschen Katholikentag in Ulm nicht ausgegangen, wohl aber das eine oder andere Signal, das nun hoffentlich nachwirkt. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) als Veranstalter der Katholikentage und als höchstes Gremium der deutschen Laien hat sich in einer Pluralität gezeigt, die zumindest ungewohnt ist und darum überraschte. Nicht nur im Blick auf die Grünen, mit denen der frühere Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner das Tischtuch zerschnitten sah und die in Ulm sogar einen Empfang für die Repräsentanten der katholischen Kirche gaben. Die Kirchenvolksbewegung "Wir sind Kirche" war ebenso in das offizielle Programm integriert wie manche andere Initiative, gegen die sich vor Jahren noch heftiger Protest ergeben hätte. Das gilt ebenso für die selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen den katholischen und evangelischen Laien an der Donau ... Wer die katholische Kirche noch immer als eine gestrige und konservative ansieht, der war nicht in Ulm."

*General Anzeiger 21.06.2004*

### Arbeitstreffen mit der Diskussion wichtiger Gegenwartsthemen

"Viel ist vor dem Katholikentag geredet worden: Im Schatten von Berlin 2003 und dem Kölner Weltjugendtag 2005, stünde er, veranstaltet in einer Stadt ohne Anziehungskraft, mit Themen, die weit hinter das Ökumenetreffen vom Vorjahr zurückfielen. Am vergangenen Samstag war auch ich in Ulm, um ein Podium über die Krise des bürgerschaftlichen Engagements zu moderieren. Mein Eindruck: Die Unkenrufe – allesamt verfrüht. Der Katholikentag mag kein Medienereignis par excellence gewesen sein, ein "Arbeitstreffen" vielmehr,

bei dem Christen wichtige Gegenwartsthemen diskutierten. Das allerdings ist gelungen. Überall rund um das Münster wurde zudem augenfällig, dass Glaube und Kirche jung sind. Eher zufällig geriet ich in einen Gottesdienst mit rund 1500 Jugendlichen, den der Rottenburger Weihbischof Thomas Maria Renz leitete – eine beeindruckende Stunde meditativer wie musikbegeisterter Gemeinschaft."

*Rheinischer Merkur, 24.06.2004*

### "Stunde der kleinen Propheten"

"Das Ulmer Ereignis behandelte ausführlich Themen der Innerlichkeit. Es ging um Spiritualität, Selbstvergewisserung, Meditation, um Austausch darüber, "wie Glauben geht". Viele Christen nehmen offenbar wahr, dass sie, um in der Komplexität der Zeitläufe bestehen zu können, bis an die existentiellen Wurzeln graben müssen. Natürlich fehlten auf dem Treffen die politischen und sozialen Fragestellungen nicht. Probleme wie die Sozialreformen, die Globalisierung, die Gentechnik wurden engagiert behandelt. Es waren zugleich nüchterne Bestandsaufnahmen, welche die "Süddeutsche Zeitung" sympathisch als die "Stunde der kleinen Propheten" kennzeichnete und damit auch einen Fingerzeig gab, dass dieser Katholikentag eher für das Gewöhnliche, für die Graswurzelarbeit, für die Vision im Alltag steht."

*Christ in der Gegenwart, 27.06.2004*

### Ökumenisch wie nie

"Die Erwartungen an den 95. Deutschen Katholikentag in Ulm waren – sagen wir es ehrlich – eher gering: Wie würde sich das Treffen in der Schwäbischen Provinz zum Ökumenischen Kirchentag vor einem Jahr in Berlin verhalten? Haben konfessionelle Christentreffen nach Berlin 2003 überhaupt noch einen Sinn, so wurde gefragt. Ulm hat solche Bedenken eindrucksvoll widerlegt. Und zwar gerade mit seiner starken und überzeugenden ökumenischen Prägung. Nie war ein Katholikentag ökumenischer als dieser. Auch in Hamburg im Jahr 2000 nicht. Ulm hat in dieser Hinsicht auch nicht nur weitergeführt, was andere vor ihm bereits begonnen hatten. Ulm war ein qualitatives Mehr in Sachen Ökumene. An dieser Messlatte wird sich auch der Evangelische Kirchentag in Hannover 2005 messen lassen müssen."

*Konradsblatt, 27.06.2004*